

## INHALT

1. Ehrenamtsinitiative wird fortgesetzt
2. Schulabschlüsse von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden besser
3. Umsetzung der Schlussfolgerungen aus der Enquête-Kommission geht voran
4. Energiewende mit Hochdruck umsetzen

27.04.2012

### **Ehrenamtsinitiative wird fortgesetzt**

#### **Derzeitige Pläne der EU zur Arbeitszeitrichtlinie untragbar**

In der heutigen Landtagssitzung hat die Koalition aus CDU und FDP die Landesregierung unter anderem gebeten, auf Bundesebene und in der EU ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Umsetzung der derzeit diskutierten Pläne zur so genannten „EUArbeitszeitrichtlinie“ das freiwillige Engagement in den Feuerwehren, Rettungs- und technischen Hilfsdiensten sowie anderen gemeinnützigen Organisationen nicht nachteilig berührt. CDU-Innenexperte Werner Kalinka bezeichnete die derzeitigen Pläne der EU als „untragbar“. Kalinka bezeichnete die Richtlinie als „völlig indiskutabel. Feuerwehrleute wollen sich nicht vorschreiben lassen, wie sie ihre Freizeit zu gestalten haben.“

Dem Ehrenamt gebühre Dank und Anerkennung. „Hier wird Großartiges geleistet. Das Ehrenamt spiegelt die Seele einer Gesellschaft wieder, nämlich die Bereitschaft zur Hilfe, zur Solidarität, ohne selbst Materielles dafür zu bekommen“, so Kalinka.

Kalinka, auf dessen Anregung die Ehrenamtsinitiative der Koalition maßgeblich zurückgeht, forderte erneut, ehrenamtlich Tätige von Bürokratie und überzogenen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften freizuhalten. Landesregierung und alle politisch Tätigen seien aufgefordert, energisch dazu beizutragen, Änderungen entsprechender Vorschriften zu erreichen. In diesem Zusammenhang begrüßte die Koalition die Positionierung der Landesregierung, sich für eine Vereinheitlichung der Einkommensteuerfreibeträge auf höherem Niveau einzusetzen.

Einen besonders wichtigen Stellenwert müsse künftig die Werbung für das Ehrenamt haben. „Schon in den Schulen sollte dies beginnen“, so Kalinka.

Mit einem weiteren Antrag forderte die Koalition, Gesetzestexte künftig bürger- und damit auch ehrenamtsfreundlicher zu gestalten.

Den Link zum Antrag für die Fortsetzung der Ehrenamtsinitiative finden Sie unter:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2500/drucksache-17-2504.pdf>

Den Link zum Antrag für bürger- und ehrenamtsfreundlichere Gesetzestexte finden Sie unter:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2500/drucksache-17-2505.pdf>



Werner Kalinka, MdL

---

### **Schulabschlüsse von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden besser Sprachförderprogramme zeigen Wirkung**

Die Sprachförderprogramme der CDU-geführten Landesregierung zeigen offenkundig Wirkung. Dies geht aus dem Bericht der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der Grünen zu „Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem Schleswig-Holstein hervor:

„Diese Kinder stellen uns vor eine besondere Herausforderung. Sie bringen andere kulturelle Wurzeln und immer auch eine andere Muttersprache mit. Diese jungen Menschen müssen wir fördern, aber auch fordern“, erklärte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen zu Beginn ihres Beitrages im Parlament. „Wir brauchen diese jungen Menschen in unserer Gesellschaft, in unseren wirtschaftlichen Betrieben und in unserer ehrenamtlichen Arbeit.“

Von klein auf setze die Landesregierung deshalb auf den Spracherwerb, als zentrale Kompetenz, um sich Wissen und Fertigkeiten in den Schulen zu erschließen. Die Entwicklung zeige, dass immer mehr Kinder davon profitieren. „Das führt erfreulicher Weise dazu, dass eine schulische Sprachförderung in vielen Fällen nicht mehr notwendig ist“, so Franzen.

Aber auch im Schulbereich gebe es die Unterstützung der START-Stiftung GmbH und weiterer regionaler Stiftungen wie der Dräger-Stiftung, der Possehl-Stiftung, der Deutsche Bank-Stiftung und der Heinz-Wüstenberg-Stiftung, die sich der Förderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund annähmen.

„Als Mitglied dieses Landesparlamentes und der CDU-Fraktion, aber auch als Bürgerin dieses Landes möchte ich mich bei diesen Institutionen sehr herzlich für ihr Engagement bedanken“, so Franzen.

Auch das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt leiste einen wesentlichen Beitrag, um Schülerinnen und Schülern den Einstieg in unsere Gesellschaft, aber auch in unsere Arbeitswelt zu ermöglichen.

Trotz all dieser Maßnahmen sei der Anteil derjenigen jungen Menschen, die mit Migrationshintergrund den Realschulabschluss und das Abitur ablegen, zwar in den vergangenen Jahren erfreulicher Weise gestiegen. Er entspreche jedoch immer noch nicht dem Durchschnitt der Bevölkerung.

„Da haben wir als Politik sicher noch eine Herausforderung zu bewältigen. Dazu gehört jedoch auch, dass sich junge Menschen, und zwar ganz egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, darüber im Klaren sind, dass es auch der eigenen Anstrengung bedarf, um einen guten Bildungsabschluss in diesem Land zu erreichen“, so Franzen.

Den Bericht finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2200/drucksache-17-2295.pdf>



Heike Franzen, MdL

---

### **Umsetzung der Schlussfolgerungen aus der Enquête-Kommission geht voran Norddeutsche Kooperation bei Gesetzesvorhaben soll auf den Weg gebracht werden**

In der heutigen Plenardebatte haben CDU und FDP mit einem gemeinsamen Beschluss die Einrichtung einer Parlamentarierkonferenz zur Optimierung der Kooperation in Norddeutschland gefordert. Weiterhin soll die Landesregierung die Möglichkeiten einer norddeutschen Kooperation bei Gesetzesvorhaben prüfen. Damit werden die Schlussfolgerungen aus der Enquête-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ aufgegriffen und umgesetzt.

Mit der „Parlamentarierkonferenz NORD“ sollen spezifische Themen in den jeweiligen Landesparlamenten koordiniert behandelt werden. „Durch dieses Netzwerken soll sicher gestellt werden, dass die norddeutschen Länder NICHT aneinander vorbei arbeiten“, erläuterte Markus Mattheießen die Initiative.

Das fange bei Verkehrsprojekten an und könnte sogar im Bildungsbereich zu mehr Qualität, insbesondere Lebensqualität, der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien in den Randgebieten des Landes führen.

„Auch sprechen wir uns dafür aus, bei Gesetzesvorhaben eine norddeutsche Kooperation automatisch zu prüfen“, so Mattheießen. Dies klinge zwar erst einmal nach mehr Bürokratie. Langfristig sei davon aber ein Nutzen und damit auch Kosteneinsparungen zu erwarten.

Die von SPD, Grünen und SSW geforderte Verfassungsänderung wurde von den drei Fraktionen

zwischenzeitlich zurück gezogen. Der Vorschlag der SPD, einen gemeinsamen Ausschuss einzusetzen, wurde vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages scharf kritisiert, weil diesem gemeinsamen Ausschuss Beschlussrechte eingeräumt wurden. „Ich erspare Ihnen und mir an dieser Stelle die Schadenfreude darüber, dass der Wissenschaftliche Dienst des Landtages den Antrag der SPD auf eine Errichtung eines gemeinsamen Ausschusses mit Hamburg als widersprüchlich zu unserer Verfassung entlarvt hat“, so Matthießen dazu.

Den beschlossenen Antrag zur Kooperation bei Gesetzesvorhaben finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2300/drucksache-17-2351.pdf>

Den beschlossenen Antrag zur Einrichtung einer Parlamentarierkonferenz finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2300/drucksache-17-2352.pdf>



Markus Matthießen, MdL

---

## Energiewende mit Hochdruck umsetzen

### Debatte über richtigen Kurs auch in letzter Landtagssitzung

Am Rande der heutigen Debatte (27. April 2012) über die Umsetzung der Energiewende hat der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens-Christian Magnussen, noch einmal die Schwerpunkte der Union verdeutlicht.

„Die CDU will die Energiewende konsequent umsetzen“, betonte Magnussen. So habe die CDU am Mittwoch die Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der Grünen zur EEG-Novelle der Photovoltaik abgelehnt, weil die Photovoltaikbranche selbst keine Verzögerungen im Bundesrat mehr wünscht. „Die Betriebe wollen arbeiten und die Energiewende umsetzen. Dafür brauchen sie Rechts- und Planungssicherheit“, betonte Magnussen.

Gleichzeitig würden von der Landesregierung Windeignungsflächen neu ausgewiesen und dabei mehr als verdoppelt, gemeinsam mit den Bürgern würden die Stromnetze ausgebaut. In Brunsbüttel werde ein Symposium zu dezentralen Speichertechnologien vorbereitet, um Wind- und Sonnenenergie auch für die Grundlast nutzbar zu machen.

„Für die CDU ist die Energiewende und damit der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache. Bei der Kernenergie steht für uns die Sicherheit an oberster Stelle. Für den Rückbau der Kernkraftwerke bedarf es deshalb einer ausgiebigen, sachlichen und inhaltlichen Prüfung.“ erklärte Magnussen mit Bezug auf die Diskussion über den Umgang mit abgeschalteten Kernkraftwerken.

Zu dieser Diskussion gehöre die Abschaltung aller Kernkraftwerke bis 2022 und auch deren

anschließender Rückbau. Dabei müsse auch das in Brunsbüttel zwischengelagerte schwach- und mittelradioaktive Material bis spätestens 2019 in den Schacht Konrad verbracht werden.

„Die CDU geht davon aus, dass es bei dem vereinbarten Zeitplan bleibt. Wir brauchen geordnete Verhältnisse zwischen allen Akteuren und müssen auf das „Schwarzer- Peter-Spiel“ der Vergangenheit verzichten. Hierzu rufe ich alle beteiligten Akteure auf“, so Magnussen abschließend.



Jens-Christian Magnussen, MdB

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)